



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

11. Jahrgang, Nummer 05 / 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

während sich nach der Fußball-WM die sogenannte „Sommerpause“ auszuweiten scheint, gibt es für die Umweltschutzbewegung weiterhin genug Arbeit: Die Entwicklungen zum Thema Fracking dürfen nicht aus den Augen gelassen werden, Atomtransporte vermischen sich mit dem Urlaubsverkehr und der Elbe droht die Ausbaggerung. Wir hoffen, dass Ihr auch im Sommer wachsam seid, wünschen euch aber natürlich auch erholsame Sommertage und oder gar (umweltverträgliche) Urlaubsreisen. Und vielleicht habt Ihr ja auch Zeit für Camps und / oder Radtouren der verschiedenen Umwelt- und Friedensorganisationen. Termine unter

<http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>.

Sommerliche Grüße aus der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Tag der Umwelt: BBU ruft zu

Engagement für den Umweltschutz auf

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat anlässlich des internationalen Welt-Umwelttages (5. Juni) die Notwendigkeit des persönlichen Engagements für den Umweltschutz betont. "Energie- und Chemiekonzerne haben ihre wirtschaftlichen Vorteile im Blick und die Regierungen sind kaum in der Lage oder Willens, Umweltschutz mit Nachdruck durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist die engagierte Arbeit örtlicher Bürgerinitiativen und überörtlicher Umweltverbände wie die des BBU unverzichtbar", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Angesichts der zahlreichen Umweltprobleme wünscht sich der BBU weiterhin neue Mitglieder (Initiativen und Verbände, aber auch Privatmitglieder), die tatkräftig mitarbeiten und ihr vielfältiges Wissen einbringen, oder die als passive Mitglieder dazu beitragen, dass die Umweltschutzarbeit finanziell abgesichert wird.

Wo Umweltprobleme durch Großprojekte vorhanden oder in der Planung sind, hilft der BBU neuen Initiativen bei der Gründung und bei Genehmigungsverfahren. Zur Vernetzung erscheint monatlich der BBU-Newsletter, in dem Hintergrundinformationen und Aktionstermine veröffentlicht werden. Der Bezug ist kostenlos und ältere Ausgaben können auf der BBU-Internetseite nachgelesen werden. Ebenfalls auf der BBU-Homepage gibt es Informationen zum Bezug von Strom ohne Atomstromanteil: www.bbu-online.de.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 05.06.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/05.06.14.pdf>

Der BBU solidarisiert sich mit dem russischen Umweltverband Ecodefense

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit der russischen Umweltorganisation Ecodefense. Gemeinsam mit weiteren Initiativen und Verbänden engagieren sich der BBU und Ecodefense gegen Urantransporte zwischen Russland und der Bundesrepublik. Erfolgreich hat sich Ecodefense zudem bisher gegen ein neues Atomkraftwerk bei Kaliningrad engagiert. Nach Angaben der Umweltorganisation urgewald wurde Ecodefense jetzt in einem Untersuchungsbericht des russischen Justizministeriums zum „ausländischen Agenten“ erklärt.

Udo Buchholz vom Vorstand des BBU erklärt: "Wir haben Ecodefense immer als unabhängigen Umweltverband wahrgenommen. Ecodefense arbeitet fachlich fundiert und setzt sich zum Schutz der Bevölkerung vor Umweltschäden ein. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hofft, dass das russische Justizministerium die Vorwürfe gegen Ecodefense fallen lässt. Es gibt zahllose Umweltprobleme. Die russische Regierung sollte froh sein, dass Organisationen wie Ecodefense Umweltbildung betreiben und sich sachlich für die Lösung der drängenden Fragen der Zeit einsetzen."

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 20.06.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/20.06.14.pdf>



Bitte spendet für die Aktivitäten des BBU!

Vor uns liegen weiterhin viele Aufgaben und zur Finanzierung bitten wir um großzügige **Spenden**. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 19002666. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar. Informationen zum BBU-Spendenaufruf gegen Fracking unter <http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/BBU-Spendenaufruf%20Fracking.pdf>.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Eurofighter gefährden Atomanlagen / Protest gegen Uranlager

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verlangt Aufklärung darüber, warum Militärflugzeuge vom Typ Eurofighter im Bereich von Atomkraftwerken und Atomanlagen Übungsflüge durchführen. Grundsätzlich fordert der BBU das Verbot militärischer Flugübungen und die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen. Am Montag (16. Juni) hat ein durchdringender Knall im westfälischen Gronau die Bürgerinnen und Bürger aufgeschreckt. Gronau ist Standort der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage und im Umfeld von etwa 40 Kilometer befinden sich mehrere Atomkraftwerke und Atomanlagen beiderseits der deutsch-niederländischen Grenze. Auch Udo Buchholz, Gronauer Vorstandsmitglied des BBU, hat den Knall deutlich gehört. Die Gronauer Nachrichten klärten dann auf: Ein Eurofighter hatte mit 1200 Kilometer pro Stunde die Schallmauer durchbrochen. Nach Angaben der Luftwaffe waren sogar mehrere Eurofighter zugleich im Grenzgebiet unterwegs. Die niederländische Luftwaffe geht allerdings davon aus, dass die Ursache des Knalls eine Detonation auf dem Bombenabwurfgelände Nordhorn-Range gewesen sein könnte.

Der BBU geht davon aus, dass die Eurofighter auch in anderen Regionen mit Atomkraftwerken, Atomanlagen und Chemiebetrieben geflogen sind. Der Umweltverband fordert Aufklärung über die Flugrouten und setzt sich generell für das Verbot derartiger Flugübungen ein.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 18.06.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/18.06.14.pdf>

Infos der Initiative AtomErbe Obrigheim

Das AKW Biblis gehört zu den Atomkraftwerken, die nach der Katastrophe von Fukushima abgeschaltet wurden. Nun wird von RWE der Rückbau geplant. Unterlagen sind im Internet unter <http://atomerbebiblis.ibk.me/RueckbauBiblis.html> und <https://umweltministerium.hessen.de/umwelt-natur/kernenergie-strahlenschutz/kernkraftwerk-biblis/stilllegung-und-abbau-kkw-biblis> zu finden. (Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Die Einspruchsfrist ist inzwischen abgelaufen).

Die Atomwirtschaft will ihre Entsorgungs-Rückstellungen in eine staatliche Stiftung, eine Art „Bad Bank“ für AKW, einbringen. Darüber hinaus wollen sie keine weiteren Kostenrisiken übernehmen. Doch die realen Folgekosten der Atomkraft werden deutlich höher sein. Dafür soll dann nach dem Willen der Stromkonzerne der Staat einspringen. Es ist die altbekannte Masche: Gewinne privatisieren, Risiken sozialisieren. Infos unter

<https://www.campact.de/kein-atom-deal/> oder <https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/badbank.html> .

Quelle: Infomail vom 23.06.2014 der BBU-Mitgliedsorganisation Initiative AtomErbe Obrigheim,

www.atomerbe-obrigheim.de

Atomkraftgegner demonstrierten vor Urananreicherungsanlage Gronau

AtomkraftgegnerInnen aus dem Münsterland und dem westlichen Niedersachsen demonstrierten heute Vormittag vor der Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau gegen die drohende Inbetriebnahme des neuen Uranmüll-Dauerlagers. In Gronau sollen 60 000 Tonnen Uranoxid zeitlich unbefristet gelagert werden.

Mit einer „Bauzustandsbesichtigung“ haben die NRW-Atomaufsicht, die Bezirksregierung Münster sowie die Stadt Gronau die riesige Lagerhalle in Augenschein genommen. Gronauer Ratsmitglieder waren seitens der Landesregierung jedoch von der Bauzustandsbesichtigung ausdrücklich ausgeschlossen. Dafür nahmen Vertreter mehrerer Gronauer Ratsfraktionen an der Mahnwache vor dem Haupttor der UAA teil. Nach der technischen Abnahme kann die UAA-Betreiberfirma Urenco bei der NRW-Landesregierung die Inbetriebnahme des Uranmüll-Dauerlagers beantragen und mit der Einlagerung beginnen – wenn die NRW-Landesregierung keine Einwände erhebt!

Aus einer Gemeinschafts-Pressemitteilung (BBU u. a.) vom 25.06.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/25.06.14.pdf>

BBU warnt vor Nuklearmaterial

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat vor der weiteren Verbreitung von Nuklearmaterial und Atomtechnik gewarnt. Damit reagiert der BBU auf Meldungen, dass die ISIS im Irak 40 Kilogramm uranhaltige Substanzen erbeutet hat. "In Relation zu den weltweiten Uranbeständen wirken 40 Kilo Uran nicht sonderlich gefährlich. Doch auch mit 40 Kilo Uran können erhebliche Verseuchungen verursacht werden", so der BBU.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung warnt seit Jahren davor, dass schon mit relativ geringen Nuklearmengen sogenannte "schmutzige Atombomben" hergestellt werden können. Das dafür erforderliche Material ist oft schlecht gesichert. Es kann in Forschungseinrichtungen, Industrieanlagen oder Krankenhäusern entwendet werden. Technisch ist es zudem

leichter, eine "schmutzige Atombombe" zu bauen als eine "echte" Atombombe. Für "schmutzige Atombomben" ist weder angereichertes Uran noch Plutonium erforderlich.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 10.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/10.07.14.pdf>

Protest gegen Urantransport quer durch das Bundesgebiet nach Frankreich

Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände warnen aktuell vor einem Atomtransport, der als Bahntransport von Hamburg nach Frankreich rollt. Mehrere Organisationen, darunter das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, das Anti-Atom-Büro Hamburg, das Anti-Atom-Plenum Köln und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern zudem in einer gemeinsamen Stellungnahme, die am heutigen Dienstag (16. Juli) veröffentlicht wurde, das Verbot aller Atomtransporte.

In Malvesi soll das Uran weiter verarbeitet werden. Möglicherweise kommt es später zurück in die Bundesrepublik, um in den Uranfabriken in Gronau und Lingen weiter für den Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet zu werden.

Beobachtungen aktueller Atomtransporte mit Schiffen, Zügen oder LKW können dem BBU unter 0228-214032 bzw. 02562-23125 (BBU AK Energie) mitgeteilt werden. Mitteilungen können auch mittels E-Mail erfolgen: bbu-bonn@t-online.de.

Aktionshinweise und weitere Informationen:

Unterschriftenaktion gegen Castor-Atomülltransporte: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/>

Aktionscamp gegen Atomanlagen und Atomtransporte bei Kiel, 9. – 16. August bei Kiel:

<http://antiatomcamp.nirgendwo.info>

Aus einer Gemeinschafts-Pressemitteilung (BBU u. a.) vom 16.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/16.07.14.pdf>

Massive Proteste im Falle von Jülicher Castor-Transporten angekündigt!

Umwelt- und Anti-Atom-Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet kündigen für den Fall von Castortransporten vom AVR-Zwischenlager aus Jülich massive Proteste entlang der gesamten Strecke an.

In Jülich lagern 152 Castoren mit hochradioaktivem Müll aus Brennelementen.

Aktuell versucht das FZJ in Zusammenarbeit mit dem Land und dem Bund, den Atomüll zur Wiederaufarbeitung in die USA zu verschieben.

Das Motto „Nichts rein! Nichts raus!“ ist Konsens bei den Unterzeichnern. Jeglicher Atomüll-Transport wird grundsätzlich abgelehnt, solange kein bundesweites Atomülllager existiert. Stattdessen wird der Verbleib des Atomülls in einem erdbebensicheren und zugelassenen Zwischenlager am Standort Jülich gefordert.

Bei einem bundesweiten Treffen der Anti-Atom- und Umwelt-Organisationen wurde beschlossen, im Falle der Castortransporte den gesamten bundesdeutschen AKW-Widerstand auf die Transportstrecken zu verlagern.

Der gescheiterte hochkontaminierte AVR-Behälter soll in Kürze um 90 Grad gekippt und anschließend um ca. 200 Meter in ein eher behelfsmäßiges Zwischenlager verschoben werden. Alternativen zu diesem weltweit einmaligen und hochgefährlichen Vorhaben wurden nicht ausreichend untersucht! Auch auf Grund des neuen Erdbebengutachtens ist eine Verschiebung des Reaktors abzulehnen. Warum der verseuchte Reaktor in Jülich bleiben soll, die Castoren wegen angeblicher Erdbebengefahr aber unbedingt weg müssen, bleibt schleierhaft.

Aus einer Gemeinschaftspressemitteilung von rund 30 Organisationen (incl. BBU) vom 21.07.2014. Vollständiger

Text: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/21.07.14.pdf>

Energiewende

Bürgerinitiativen appellieren an Bundestagsabgeordnete: Energiewende nicht abwürgen - Novelle des EEG verhindern!

Über 30 Bürgerinitiativen und Organisationen gegen fossile und für regenerative Energiegewinnung, darunter der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), haben sich in einem Offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags gewandt. Mit Hinweis auf die verheerenden Folgen des Klimawandels appellieren sie an die Abgeordneten, der geplanten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nicht zuzustimmen und ein Abwürgen der Energiewende zu verhindern.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 23.06.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/23.06.14.pdf>

Fracking

Gemeinsam grenzüberschreitend gegen Fracking

(U. B.) In Gronau wurde am 11. Juni 2014 ein Grundstein für ein neues, grenzüberschreitendes Umweltnetzwerk gelegt. Umweltorganisationen, Parteien und Einzelpersonen wollen sich stärker als bisher gemeinsam für den Schutz von Grundwasser, Oberflächenwasser und von Trinkwasser einsetzen. Das neue Netzwerk ist offen für weitere Gleichgesinnte.

Zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer hatten zuvor am 11. Juni an der Umweltausschusssitzung im Gronauer Rathaus teilgenommen haben. Einige hatten sogar mehrstündige Anfahrtswege. Ihr Hauptanliegen war es, die Ausführungen von Dr. Krupp über Kavernenunfälle bei unterirdischen Ölspeichern zu hören. Deutlich wurde, dass die Spei-

cheranlagen Gefahren bergen und dass besonders der Gewässerschutz einen höheren Stellenwert als bisher bekommen muss. Dies wird auch bei der Ölkatastrophe im Gronauer Amtsvenn bei Epe derzeit akut deutlich.

Nach der Ausschusssitzung setzten sich spontan einige Zuhörerinnen und Zuhörer, die sich auch gegen Fracking engagieren, zusammen. So ergab es sich, dass gemeinsam ein grenzüberschreitendes Vorgehen gegen Fracking und gegen die Gefahren unterirdischer Gas-, Öl- und Dieselspeicher besprochen wurde. Gemeinsam wollen sich Aktive von Milieudefensie, der BUND Kreisgruppe Borken, der Bündnisgrünen aus der Grafschaft Bentheim, von Groen Links Enschede, der Sozialistischen Partei (SP) Enschede, der Gronauer Grün Alternativen Liste (GAL), der Gronauer Umweltgruppen AKU und NUG, des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie sogar Einzelpersonen aus Münster und Siegen mit den Gefahren der Kavernenspeicher befassen. Zudem will man sich gemeinsam gegen Fracking zur Wehr setzen. Das noch sehr junge grenzüberschreitende Umwelt-Netzwerk ist offen für weitere Umweltgruppen und für besorgte Bürgerinnen und Bürger. Wer sich vernetzen möchte, kann sich bei Udo Buchholz unter 02562-23125 bzw. unter naturschutz-gronau@freenet.de melden.

BBU: Fracking-Erlass des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums ist handwerklich schlecht und inhaltlich unzureichend

Deutliche Kritik übt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am Fracking-Erlass des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums vom 27.5.2014 gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Niedersachsen. Der Erlass, der der Öffentlichkeit als großer Wurf verkauft wurde, ist nach Ansicht des BBU nicht nur völlig unzureichend, sondern auch handwerklich schlecht formuliert. Er ist ungeeignet, Fracking sowohl im Sandstein (Tight-Gas-Lagerstätten) wie auch im Schiefergestein zu verhindern.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 16.06.2014. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/16.06.14.pdf>

Fracking: BBU fordert sofortige Entschuldigung von NATO-Generalsekretär – Will sich Rasmussen für die Gasindustrie empfehlen?

Als unerträgliche Unverschämtheit bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Behauptung von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, Nichtregierungsorganisationen aus dem Umweltbereich und Russland würden aktiv zusammenarbeiten, um Fracking zu verhindern, damit die europäische Abhängigkeit von russischen Gasimporten aufrechterhalten wird. Der BBU fordert Rasmussen auf, seine absurden Falschbehauptungen zurückzunehmen und sich bei der Umweltbewegung öffentlich zu entschuldigen. Der Umweltverband wirft zudem die Frage auf, ob es sich bei dem Vorstoß von Rasmussen um eine ungewöhnliche Bewerbung für Posten in der Gasindustrie nach dem Ende seiner NATO-Amtszeit handelt.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 20.06.2014. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/20.06.14.pdf>

BBU: Gabriel und Hendricks opfern mit ihrer Einigung beim Fracking die Umwelt den Interessen der Gasindustrie

Die heute in einem Schreiben an die SPD-Bundestagsfraktion vorgestellte Einigung von Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel und Bundes-Umweltministerin Hendricks beim Thema Fracking bedeutet einen erheblichen Rückschlag für den Umweltschutz. Ohne das Gutachten des Umweltbundesamtes abzuwarten, in dem die erheblichen Gefahren des Frackings analysiert und bewertet werden, haben sich beide Minister bereits darauf festgelegt, der Umwelt zerstörenden Methode der Gasgewinnung den Weg zu ebnen. So soll Fracking im Schiefergestein in relevanten Schichten zugelassen und Fracking im Sandgestein problemlos erlaubt werden. Dies soll zukünftig in mehr als Dreiviertel der Fläche Deutschlands erfolgen können. Damit fällt das Eckpunktepapier noch hinter die unzureichenden Erklärungen von Gabriel und Hendricks aus den letzten Wochen zurück.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 04.07.2014. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/04.07.14.pdf>

BBU: 5300 Einsprüche aus dem Bundesgebiet gegen Fracking in den Niederlanden

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat gemeinsam mit befreundeten Bürgerinitiativen rund 5300 Einsprüche gegen die Fracking-Pläne in den Niederlanden gesammelt und fristgerecht postalisch eingereicht.

Bis einschließlich heute (9. Juli) konnten die Einsprüche beim "Bureau Energieprojecten / Inspraakpunt conceptnotie structuurvisie schaliegas", eine Einrichtung der niederländischen Regierung, vorgelegt werden. Die Einsprüche stammen vorwiegend aus Nordrhein-Westfalen und schwerpunktmäßig aus den Bereichen Aachen, Niederrhein und Münsterland. Der BBU betont, dass der gemeinsame und grenzüberschreitende Protest der Bevölkerung das geplante Fracking verhindern kann. Der Umweltverband fordert den sofortigen Abbruch der Strategischen Umweltprüfung, die den ersten Schritt zu Fracking in den Niederlanden darstellt und gegen die jetzt konkret Einsprüche eingereicht werden konnten. "Der BBU verlangt ein ausnahmsloses gesetzliches Fracking-Verbot in den Niederlanden, in Deutschland und anderswo. Und niederländische Umweltschützerinnen und Umweltschützer sind über das internationale Engagement des BBU sehr erfreut", so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

Weitere Informationen zum Thema Fracking in den Niederlanden findet man unter



<https://milieudedefensie.nl>, <https://www.schaliegasvrij.nl>,

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 09.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/09.07.14.pdf>

Fracking-Anträge von vier Bundesländern Freitag im Bundesrat: Mogelpackungen statt konsequentes Fracking-Verbot

Als Mogelpackungen bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Bundesratsanträge der Länder Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen. Statt ein ausnahmsloses Fracking-Verbot zu beantragen, werden in den verschiedenen Anträgen lediglich die Bedingungen beschrieben, unter denen zukünftig gefrackt werden soll. Damit liegen die vier Bundesländer und ihre Umweltminister von den GRÜNEN auf der Pro-Fracking-Linie von Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel und Bundes-Umweltministerin Hendricks.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt zu den Bundesratsanträgen: „Seit Monaten hört die Anti-Fracking-Bewegung immer das Gleiche aus den Reihen der Landes-Umweltminister. Fracking im Sandstein soll problemlos möglich sein. Fracking im Schiefergestein soll ohne ‚umwelttoxische Substanzen‘ erfolgen, obwohl dieser Begriff gar nicht im Chemikalienrecht definiert ist. Und begleitend hierzu soll eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden, obwohl in ihrem Rahmen nicht mehr verlangt werden kann, als andere bestehende Gesetze bereits vorschreiben. Der Entschließungsantrag von Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hessen an den Bundesrat wiederholt diese Linie lediglich. Das ist das genaue Gegenteil eines Fracking-Verbots.“ In seinen Bundesratsanträgen bekennt sich Niedersachsen sogar zu einem Fracking mit Chemie.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 10.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/10.07.14.pdf>

Gewässerschutz

Noch ein “Tag der Meere”: 8. Juni

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) weist darauf hin, dass nach dem europäischen “Tag der Meere” der Europakommission am 19./20.Mai in Bremen nun der jährliche “Tag der Meere” der Vereinten Nationen am 8. Juni (Sonntag) bevorsteht. (Anm. der BBU-Nesletter-Redaktion: Ist schon vorbei, das Thema bleibt aber akut).

Der BBU fragt: Geht es angesichts solcher Aktivitäten nun aufwärts mit dem Schutz der Ozeane? Wird nun endlich “von höchster Stelle” Schluss gemacht

- mit der Überfischung, durch die das Aussterben ganzer Arten droht?
- mit der immer noch zunehmenden Belastung durch Schiffsverkehre?
- mit der Versauerung der Ozeane durch Belastungen von Land aus?
- mit der Ausbeutung des Meeresgrundes durch Ölförderung?
- und mit den Plänen zum weltweiten Tiefseebergbau?

Der BBU wird sich unabhängig von offiziellen “Meeresfeiertagen” weiterhin für den Meeresschutz engagieren. Auskünfte dazu erteilt für den BBU Peter Willers, Tel 0421 - 242688, e-mail: peterw@volanet.de. Weitere Umweltgruppen und Privatpersonen, die sich für den Meeresschutz interessieren, sind herzlich zum Engagement eingeladen.

Bei Interesse kann hier die Abschlusserklärung der Konferenz “Ein anderes Meer ist möglich” nachgelesen werden, die am 17. Mai 2014 in Bremen verabschiedet wurde. An der Erstellung der Erklärung war auch der BBU beteiligt.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/27.05.14.pdf>

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 06.06.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/06.06.14.pdf>

VSR-Gewässerschutz

Aktuelle (und frühere) Pressemitteilungen der BBU-Mitgliedsorganisation VSR-Gewässerschutz findet man unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/11.html>.

Anschauliche Informationen über die engagierte Arbeit des VSR-Gewässerschutz bekommt man jetzt auch in einem Filmbeitrag über den aktiven Verein:

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/>

Artenschutz statt Elbvertiefung

Anlässlich des aktuellen Prozesses gegen die Elbvertiefung hat sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut eindeutig gegen die noch immer drohende Elbvertiefung ausgesprochen. Den Plänen zufolge soll die Elbe vom Hamburger Hafen aus Richtung Nordsee um mehr als einen Meter weiter vertieft werden. Das Bundesverwaltungsgericht hatte vorab in einem Eilverfahren zunächst untersagt, mit der Vertiefung der Elbe zu beginnen. Jetzt hat das Hauptverfahren beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig begonnen.

Weitere Informationen zur drohenden Elbvertiefung findet man im Internet u. a. unter

<http://www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.php?jahr=2012&nr=101>

sowie unter

<http://www.hamburg-fuer-die-elbe.de>

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 16.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/06.06.14.pdf>

Immissionsschutz

Bundes-Umweltministerin Hendricks löst handstreichartig TA Luft-Ausschuss auf – Immissionsschutz in Deutschland erleidet empfindlichen Rückschlag

Als skandalösen und einzigartigen Vorgang bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Auflösung des TA-Luft Ausschusses (TALA). Das pluralistisch zusammengesetzte Gremium hatte die Bundesregierung seit Ende 2009 in zwei Berufungsperioden beraten, in wie weit sich der in der Technischen Anleitung Luft (TA Luft) festgelegte Stand der Technik bei Industrieanlagen aufgrund europäischer Erkenntnisquellen fortentwickelt hat. Im Frühjahr 2014 wurden die Mitglieder des TALA für die dritte Berufungsperiode erneut vom Umweltministerium benannt. Doch statt einer Einladung für eine reguläre Arbeitssitzung erhielten sie vor wenigen Tagen die Einladung für eine ungewöhnliche TALA-Sitzung. Einziger Tagesordnungspunkt: Die Verkündung der Auflösung des TALA durch das Bundes-Umweltministerium. Für den BBU steht fest: Diese handstreichartige Auflösung des Gremiums ist lediglich durch eine massive Einflussnahme von außen erklärbar. Die Verantwortung für die Auflösung des TALA trägt Bundes-Umweltministerin Hendricks dabei unmittelbar.

Der BBU fordert die Umweltministerin auf, Ihre Entscheidung, den TA Luft-Ausschuss aufzulösen, noch einmal zu überprüfen. Die Weiterführung des TALA wäre im Interesse des Umweltschutzes, der Partizipation der Zivilgesellschaft und der Transparenz von Entscheidungen des Bundes-Umweltministeriums der einzige richtige Schritt.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 15.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/15.07.14.pdf>

Kohlepolitik

BBU gegen weiteren Braunkohleabbau und für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung

Der BBU ruft nach dem Brandenburger Kabinettsbeschluss "Braunkohleplan Welzow-Süd II" vom 3. Juni 2014 zum weiteren Widerstand gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz auf.

Der BBU solidarisiert sich mit dem Widerstand gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz und anderswo. Aktuell heißt es in einem Aufruf zur Teilnahme am "Lausitzer Klima- und Energiecamp 2014: "In Brandenburg und Sachsen befinden sich aktuell drei neue Tagebaue in Planung. Das Dorf Kerkwitz ist, wie auch die Nachbarorte Atterwasch und Grabko, durch den Tagebauplan Jänschwalde Nord von der Abbaggerung bedroht. Im polnischen Gubin/Brody sollen auf der anderen Seite der Neiße ebenfalls 2000 Menschen einer Tagebaugrube von über 100 Quadratkilometern weichen. Die lokale Bevölkerung ist außerdem massiv von Schadstoffemissionen betroffen, die beim Abbau und der Verbrennung von Kohle freigesetzt werden." Das Camp wird vom 16. bis 24. August stattfinden. Weitere Informationen dazu unter <http://www.lausitzcamp.info>. Ein Höhepunkt der Braunkohleproteste wird am 23. August eine grenzüberschreitende Menschenkette gegen Braunkohleabbau zwischen Kerkwitz in der Bundesrepublik Deutschland und Grabice in Polen sein. Mehr dazu unter <http://www.humanchain.org/de>.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 12.06.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/12.06.14.pdf>

Verkehrspolitik

Verkehrs-Newsletter vom 19. Juni 2014

Im neuen Newsletter der BBU-Mitgliedsorganisationen UMKEHR e.V. und FUSS e.V. geht es u. a. um den Verkehrskongress mit dem Motto „Bewegte Innenstädte mit fairer Mobilität“, um das Verkehrsverhalten von SeniorInnen und um den Themenkomplex "Nulltarif & Bürgerticket". Wer den Newsletter persönlich und direkt beziehen möchte, muss lediglich eine Mail mit dem Betreff "Mail-Rundbrief" an info@umkehr.de oder info@fuss-ev.de senden. Weitere verkehrspolitische Informationen findet man im Internet unter <http://www.fuss-ev.de> und <http://www.umkehr.de>

Nachruf

BBU: Im Sinne von Mani Stenner friedenspolitisch aktiv bleiben

Mit Manfred "Mani" Stenner ist am Donnerstag (17. Juli 2014) plötzlich und unerwartet ein wichtiger Denker und Organisator der bundesdeutschen Friedensbewegung gestorben. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bezeichnet seinen plötzlich Tod "als großen Verlust für die Friedensbewegung", so BBU-Geschäftsführerin Christine Ellermann und Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 21.07.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/21.07.14.pdf>



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 05 / 2014, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 30.07.2014. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.